



Michael Rechsteiner
General Electric (Switzerland) GmbH
Brown Boveri Strasse 7
5400 Baden

Offener Brief an Michael Rechsteiner, CEO Gas Power Europe

Geplante Schliessung von GE Grid (Switzerland) GmbH in Oberentfelden:

Wir sind wütend!

Sehr geehrter Herr Rechsteiner

Der Aargau ist ein Industriekanton. In unserer Region sind wir stolz auf wichtige Industrieunternehmen – wie General Electric eines ist. Wir wissen, dass wir ihnen einiges bieten können, vor allem eine funktionierende Infrastruktur und gut ausgebildete Fachleute – Menschen, die gerne verlässliche Arbeit leisten für einen verlässlichen Arbeitgeber.

Dass sich die Industrie im Umbruch befindet und dass dabei auch Jobs verloren gehen, während an anderen Orten neue entstehen, damit haben wir umgehen gelernt, darauf haben wir uns eingestellt.

Jetzt sind wir aber wütend auf General Electric. Seit das Unternehmen im Jahr 2016 von Alstom das Gasturbinengeschäft übernommen hat, sind in unserer Region in mehreren Wellen über 2000 Stellen abgebaut worden – nach einer Strategie, die wir nicht erkennen, geschweige denn nachvollziehen können. Auf General Electric ist kein Verlass mehr.

Wütend sind vor allem die Angestellten, die einmal mehr um ihre berufliche Zukunft und damit die Existenz ihrer Familien bangen müssen. Wütend sind aber auch die Standortgemeinden und der Kanton, die einmal mehr ihrer Planungsgrundlagen beraubt sind.

Mit der Ankündigung, das Werk in Oberentfelden schliessen zu wollen, haben diese Wut und das Unverständnis über Ihren Plan einen neuen Höhepunkt erreicht:

- Einerseits, weil das Werk in Oberentfelden sehr gut läuft. Wie Mitarbeitende berichten, hat das Werk seine Aufgaben gemacht und sich laufend den Entwicklungen angepasst – auch mit harten Massnahmen und Personalabbau. Die Geschäfte laufen – wie GE im Februar selbst

1/2



bestätigte – sehr gut, und die Mitarbeitenden sind motiviert und arbeiten gerne für GE Grid Solution. Dass die Arbeitsplätze nach Frankreich in ein anderes Werk verlegt werden sollen, wo das entsprechende Know-how fehlt, macht ökonomisch keinen Sinn.

- Andererseits, weil von General Electric mehrfach und zuletzt erst im Juli Versprechungen gemacht wurden, dass die Produktion im Kanton Aargau aufrechterhalten werde – nach einer verwirrenden Kommunikation zum Umzug nach Birr, der angekündigt und dann wieder verschoben wurde. Die Mitarbeitenden in Oberentfelden haben sich auf ihre Zukunft in Birr eingestellt und sind bereit für den Umzug. Sie sind enttäuscht über diese leeren Versprechen.

Deshalb erheben wir folgende Forderungen an Sie, die Verantwortlichen für den GE-Konzern und damit auch für die Menschen im Aargau:

- Überprüfen Sie im Rahmen des Konsultationsverfahrens den Entscheid zur Schliessung des Standorts Oberentfelden noch einmal gründlich und verzichten Sie auf einen Stellenabbau im Aargau.
- Distanzieren Sie sich von einem Entscheid, der aus unserer Sicht nur aus unternehmenspolitischen und nicht aus ökonomischen Gründen gefällt wurde – damit sollen dort Stellen abgebaut werden, wo mit der geringsten politischen und gewerkschaftlichen Gegenwehr zu rechnen ist.
- Geben Sie ein verbindliches Bekenntnis zum Standort Schweiz und Aargau ab – oder legen Sie klar dar, wie Ihre Abbaustrategie zeitlich und inhaltlich aussieht, wenn es eine solche gibt.
- Gehen Sie auf das Gesprächsangebot des Schweizer Bundesrats und der Aargauer Regierung ein und entwickeln Sie zusammen eine nachhaltige industrielle Strategie, welche die Entwicklungsmöglichkeiten der Digitalisierung und der Energiewende aufnimmt – und mit welcher sie auf das bewährte Know-how der Arbeitnehmenden im Aargau zählen können.

Einfach nur Stellenabbau ist keine Strategie. Wir wissen, dass General Electric zu mehr fähig ist. Und wir wissen, dass der Werkplatz Schweiz und damit der Standort Aargau ein guter Partner für Ihr Unternehmen sein kann und will.

Nehmen Sie bitte Ihre Verantwortung wahr. Die Menschen in dieser Region möchten sich gerne wieder auf Sie verlassen können!

Mit besten Grüssen

Sozialdemokratische Partei Kanton Aargau
Gabriela Suter, Präsidentin